

Anrede...

im September 2021 hat uns die Verwaltung mit einem Pressebericht über die angespannte Personalsituation im Rathaus doch ein wenig überrascht. Darauf, dass viele zum Teil neue oder zusätzliche Aufgaben (auch durch Corona) herausfordernd sind, war ja im Vorfeld schon öfter hingewiesen worden.

Andererseits war und ist es in manchen Bereichen schwierig, offene Stellen zu besetzen, insbesondere da, wo öffentliche Arbeitgeber mit der Privatwirtschaft um Bewerber in Konkurrenz stehen.

Eigentlich wäre es richtig gewesen, die Personalsituation in Gänze zunächst einmal in den zuständigen Gremien des Rates darzulegen, bevor man sich an die Presse wendet. Wie auch immer, in den folgenden Sitzungen des Hauptausschusses wurde das nachgeholt. Es besteht jetzt im Wesentlichen wohl Einigkeit, dass die im Stellenplan vorgesehenen neuen Stellen erforderlich sind.

Dem Antrag von UWG, Grünen und FDP, eine Organisationsanalyse der Verwaltung vorzunehmen, wurde ebenfalls mehrheitlich gefolgt, zumal für den Fachbereich II eine solche jetzt schon erstellt wird und im Frühjahr vorliegen wird.

Man könnte es als Widerspruch ansehen, dass einerseits dieser Haushalt zusätzliche Stellen schafft, andererseits aber parallel die Strukturen der Verwaltung untersucht werden.

Die Verwaltung hat deutlich gemacht, in welchen Bereichen das zusätzliche Personal erforderlich ist. Dem sind die Ausschüsse gefolgt. Die Stellen können somit so bald wie möglich besetzt werden.

Falls die Analysen Überkapazitäten zeigen sollten, könnte man diese bei der Größe unserer Verwaltung durch Nutzung der normalen Fluktuation bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abbauen. Aber die Verwaltungsspitze geht nach meinem Eindruck ja eher davon aus, dass noch weiterer Personalbedarf aufgezeigt wird.

Das bedeutet andererseits aber auch zusätzliche finanzielle Belastungen für die kommenden Haushaltsjahre – das müssen wir im Blick behalten.

Wir werden mit diesem Haushalt finanzielle Mittel bzw. zusätzliche Stellen für die Schulso-

zialarbeit bereitstellen. Das ist vor dem Hintergrund der Belastungen der Schülerinnen und Schüler durch Corona sicherlich sinnvoll.

Aber auch hier gilt, dass das aus den Finanzmitteln der Gemeinde gedeckt werden muss.

Der Kämmerer hat bei der Einbringung des Haushaltes darauf hingewiesen, dass die Rücklage der Gemeinde aus heutiger Sicht in zwei Jahren aufgebraucht sein wird. Das bedeutet, dass wir dann entweder freiwillige Leistungen wie diese zurückfahren oder auf der anderen Seite die Einnahmen verbessern müssen. Heißt nichts anderes als Steuererhöhungen, und das dann im Jahr der nächsten Kommunalwahl. Da bin ich mal gespannt. Ist es doch viel einfacher im Wahlkampf auf die „viel zu hohen Ausgaben“ zu schimpfen, als Leistungen zu kürzen oder Steuern zu erhöhen.

Beim neuen Träger des Marienkindergartens soll der Trägeranteil zu 100% übernommen werden. Das wurde bei kirchlichen Trägern in der Vergangenheit nicht gemacht und verhinderte bei der Bewerbung der evangelischen Kirchengemeinde als Einrichtungsträger vor einigen Jahren den Zuschlag.

11.000€ belasten damit den Gemeindehaushalt zusätzlich. Hier hat offensichtlich ein Umdenken stattgefunden, oder liegt es möglicherweise an der Konfession?

Auf das Thema Rathausneubau gehe ich heute hier nicht im Detail ein, dazu wird in kommenden Sitzungen Gelegenheit sein. Wichtig ist nur, dass wir zügig damit vorankommen. Die Baukosten steigen derzeit jährlich zweistellig. Da hilft es auch nicht, dass Kommunen Investitionskredite im Moment quasi zinslos bekommen.

Erwähnenswert erscheint mir im Zusammenhang mit dem Rathaus noch, dass sich der Clarholzer Markt zum neuen Hotspot in unserer Gemeinde entwickeln könnte. Da gibt es viele Wünsche bzw. Vorschläge für eine Nutzung: Ein Bahnhaltepunkt ist schon lange im Gespräch, eine Realisierung jedoch in absehbarer Zeit wohl nicht zu erwarten. Die einen sehen da das neue Rathaus entstehen, andere schlagen ein Ärztehaus vor. Auch die Schaffung eines Versammlungsraumes für Vereine wurde schon angesprochen. Ach ja, der Wochenmarkt und vor allem die Kirmes sollen ja auf jeden Fall weiterhin dort stattfinden.

Es könnte also eng werden – aber warten wir mal ab, was denn tatsächlich so beschlossen wird.

Die Veränderungsliste zum Haushaltsplanentwurf weist bei den Steuereinnahmen der Gemeinde 1,55 Mio€ Mehreinnahmen gegenüber dem Entwurf aus.

Das ist erfreulich, trotzdem kann man bei den im Haushalt geplanten Investitionen schon ein wenig nervös werden: Im Finanzplanungszeitraum der Jahre 2022 bis 2025 plant unsere Gemeinde Investitionsauszahlungen in Höhe von 55 Mio€. Am Ende des Jahres 2025 wird die pro-Kopf-Verschuldung bei 2.200 € liegen. Natürlich stehen dem Werte gegenüber, der Breitbandausbau generiert auch Einnahmen. Trotzdem werden die Rückzahlungen der Kredite künftige Haushalte belasten – darauf müssen wir uns einstellen.

Die geplanten Baumaßnahmen laufen nicht von allein, da sind entsprechende Kapazitäten im Rathaus erforderlich um das alles umsetzen zu können. Hoffen wir also, dass offene Stellen auch immer zügig besetzt werden können.

Insgesamt liegt das Jahresergebnis jetzt bei Minus 2,5 Mio€, eine Verbesserung gegenüber dem Entwurf um 1,1 Mio€. Das liegt aber nicht an Einsparungen, die in den Haushaltsplanberatungen vorgenommen wurden. Im Gegenteil, die Ausgaben sind gegenüber dem Entwurf noch gestiegen. Die unerwartet höheren Steuereinnahmen führen dazu, dass es jetzt doch etwas freundlicher aussieht als bei der Einbringung des Haushaltsplans. Die Finanzlage der Gemeinde bewerten wir somit als noch zufriedenstellend.

Auf eine für die Bürgerinnen und Bürger positive Entwicklung möchte ich an dieser Stelle noch hinweisen.

In der Vergangenheit hat es immer wieder Probleme gegeben, wenn Straßen erneuert werden mussten und die Anlieger dann, je nach Art der Straße, mehr oder weniger hohe Anteile an den Kosten übernehmen mussten.

In manchen Bundesländern wurden die Beiträge inzwischen komplett abgeschafft, auch in NRW zeichnet sich derzeit eine ähnliche Entwicklung ab.

Nachdem SPD und Grüne sich seit einiger Zeit dafür aussprechen, auf verpflichtende Anliegerbeiträge zu verzichten, hat sich jetzt auch die FDP dafür ausgesprochen. Sie hat die Forderung auf ihrem Landesparteitag Ende Januar

überraschend in ihr Wahlprogramm aufgenommen und nimmt damit einen Kurswechsel vor. Es könnte somit nach der Landtagswahl im Mai also zu einer Abschaffung der Anliegerbeiträge zu den Straßen-Erneuerungskosten kommen. Wichtig wäre nur, dass das Land die Kommunen nicht darauf hängen lässt, sondern entsprechende Landesmittel bereitstellt.

Meine Damen und Herren,
die SPD-Fraktion wird dem Haushaltsplan und den Wirtschaftsplänen in der vorliegenden Form zustimmen.

Wie immer an dieser Stelle danken wir der Verwaltung für die gute Vorarbeit, den Ausschüssen für die offenen und konstruktiven Diskussionen, und natürlich Ihnen, für Ihre Aufmerksamkeit heute Abend.

SPD-Herzebrock-Clarholz
Heinz Willikonsky, Februar 2022